

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
 Ausgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.; in Oesterreich 4,48 K.
 Ausgabe B ohne Illustrierte Beilage vierteljährlich 1,60 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 J.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Anzeigen werden die Spaltenweise bezogen oder deren Raum mit 20 J. Reklamen mit 60 J. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechend Rabatt.

Verleger: Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher 1366
 Die Rückgabe unberührt. Schriftliche keine Verantwortlichkeit
 Abrechnung-Bezahlung: 11 bis 12 Uhr.

Rückblicke.

Die lebhafteste Debatte, die sich an die beiden Telegramme des Papstes an die Arbeiterkongresse in Berlin und Frankfurt geknüpft hat, zog sich leider auch in der vergangenen Woche noch durch die ganze Presse. Den liberalen und sozialdemokratischen Blättern bietet natürlich dieses Thema einen sehr ergiebigen Stoff für die angebrochene „Saure-Gurken-Zeit“. Wenn aber diese Blätter freudig konstatieren zu dürfen glaubten, der Papst habe das Verdammungsurteil über die christlichen Gewerkschaften gesprochen, so haben sie zu früh gejubelt. Die authentischen Erklärungen, die inzwischen von Rom erfolgt sind, beweisen, daß die römische Kurie nicht daran denkt, den deutschen Katholiken irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg zu legen, wenn sie sich mit religiös Andersdenkenden zu positiver Arbeit in Vereinen zusammenschließen, die als solche nicht der Jurisdiktion irgendwelcher kirchlicher Behörden unterstehen. Daß die in den christlichen Gewerkschaften organisierten katholischen Arbeiter den Grundsätzen der christlichen Moral keinen Einfluß auf ihre wirtschaftlichen Entschlüsse einräumen wollen, war eine Unterstellung, die von den Gewerkschaften mit Entrüstung zurückgewiesen wird. Der einmütige Protest der deutschen Katholiken, nicht nur der reichsdeutschen, sondern auch der schweizerischen und österreichischen, die ebenfalls ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen bedroht sahen, ist nicht ungehört verhallt. Dieser Ausgang dürfte den Leuten, denen es in Zukunft etwa noch gelästen sollte, den deutschen Katholiken irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten, eine ernste Mahnung sein: Hände weg!

Es handelt sich also jetzt nicht mehr darum, ob die christlichen Gewerkschaften erlaubt sind oder nicht. Aus den authentischen Erklärungen des Prälaten Steiner geht klar und deutlich hervor, daß von einem Verbote gar keine Rede ist. Auch muß nach denselben Erklärungen die „Ermahnung“, von der im Frankfurter Telegramm die Rede ist, sich nicht auf ein Verbot zu beziehen, sondern die Möglichkeit, da nach Ansicht des Kardinals die interprofessionellen Gewerkschaften eine Gefahr für ihre katholischen Mitglieder bilden können. Der Streit hat sich infolgedessen dahin zugespitzt, daß die Gewerkschaften alle einstimmig in flammenden Protesten erklären, die Meinung des Kardinalstaatssekretärs habe ihren Grund in der bekanteten Eingabe und in den Quertreibereien und Behauptungen der „Berliner“ gegen die christlichen Gewerkschaften. — Es wäre sehr zu wünschen, daß der leidige Streit bald ein Ende nehmen und daß wieder Friede und Eintracht herrschen möge.

In Ungarn wird es immer schöner. Ministerpräsident Khuen-Hedervary war ein ganzes Jahr lang nicht imstande, die Opposition zu bändigen und die Wehrreform durchzuführen; auch seinem Nachfolger Lufacs schien dies nicht zu gelingen; da stellte sich der ehemalige Ministerpräsident Graf Tisza, der Hauptvorsitzende der rücksichtslosen magyarischen Adelsgesellschaft, an die Spitze der Mehrheit, ließ sich zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wählen und rang, wie allgemein bekannt ist, unter beispiellosen Sturmjahren die Opposition nieder. Nach Erledigung der Wehrvorlagen wurde das Haus nicht vertagt, sondern Graf Tisza legte den Kampf gegen die Opposition rücksichtslos fort und ließ sich auch dadurch nicht beirren, daß einer der mit Polizeigewalt aus dem Parlament entfernten Oppositionsabgeordneten — der magyarisierte Jude und Getreidepekulant Straßer-Skovacs — auf ihn ein Attentat verübte. Tisza blieb unversehrt und läßt heute so wie früher die widerstrebenden und randschweifenden Oppositionellen einfach aus dem Hause entfernen. Die ganze Umgebung des Parlamentes gleicht einem Heerlager und nicht mit Unrecht bezeichnen die Ungarn selbst den heutigen Zustand ihres Verfassungslebens als einen „Parlamentarismus auf Bajonettspitzen“. — Ein ähnliches Attentat wie der Präsident Tisza mußte der Vertreter der magyarischen Unterdrücktenpolitik in Kroatien, der Banus Cuvaj, über sich ergehen lassen. Dieses Attentat forderte mehrere Opfer, während Cuvaj, dem die Schüsse vermeint waren, ebenso wie Tisza, heil aus der Affäre hervorging.

Im österreichischen Abgeordnetenhause riefen die Neuerungen des Stellvertreters des erkrankten Ministerpräsidenten, des Barons Heindl, großes Aufsehen hervor. Der Minister stellte den Parteien als Termin, bis zu welchem die Wehrreform erledigt sein müsse, den 25. Juni hin. Die Parteien taten zwar etwas beleidigt, da das Auftreten Heindls der österreichischen „Gemütslichkeit“ wenig entsprach. Aber sie haben sich doch zur Zeit aufgerafft und die Annahme der Wehrvorlage ist, trotz einiger Obstruktionsreden der Ruthenen, so gut wie gesichert. Schließlich sind ja alle Parteien sich darüber klar, daß die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke ein Gebot der Notwendigkeit ist. Vielleicht haben auch die Explosionskatastrophen in Wiener Neustadt und der Attentatsversuch gegen das Pulvermagazin in Semlin die Abgeordneten aus ihrer Ruhe aufgeschreckt, denn, am Ende, wer weiß, ob bei diesen Dingen nicht eine auswärtige Macht die Hand im Spiele hat?

In Belgien versuchten die betrübten Lohgerber es mit einer kleinen Revolution. Den Erfolg, der dem Stimmzettel versagt blieb, suchten die verhegten Massen der radikalen Linken durch Kloster- und Kirchensturm, Straßentumulte und Plünderungen zu erreichen. Der Hauptkampfplatz dieser Ausschreitungen war Lüttich, aber auch Berviers und selbst Brüssel sind nicht verschont geblieben, von manchen kleinen Orten ganz zu schweigen. Darin zeigt sich die „Bildung und Kultur“, die der Führer der belgischen Sozialdemokratie Vandervelde als das Programm seiner Partei bezeichnet hatte! Weite Kreise des liberalen Bürgertums in Belgien scheinen jetzt doch aus ihrem Großkotzen aufzuwachen. Und wie wir die belgischen Katholiken zu kennen glauben, werden sie jetzt, wo ihre parlamentarische Mehrheit noch verstärkt ist, mit einer so ziellosen Gegnerschaft erst recht fertig werden.

Auf dem türkisch-italienischen Kriegsschauplatz scheint es nach einiger Zeit der Stagnation wieder lebendig zu werden. Nach einem für die Türken sehr verlustreichen Kampfe haben die Italiener Janzuro erobert und damit einen neuen Stützpunkt für ihre Operationen in Tripolitaniern gewonnen. Große Unruhe ruft auch das Erscheinen der italienischen Flotte vor der Dardanellenmündung hervor, und die Bforte scheint nicht übel Lust zu haben, die Dardanellen neuerdings zu sperren. Die Haltung der Mächte in diesem Konflikte wird immer unklarer. Bald hat es den Anschein, als ob Rußland, Frankreich und England auf Seite Italiens stünden, bald fallen sie den Italienern in den Arm und spielen sich als Helfer der Türkei auf. Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind bis jetzt keinen Schritt von ihrer ursprünglichen Haltung der strengen Neutralität abgewichen.

Ein Teil der hohen Politik spielte sich auch wieder in der verflochtenen Woche bei Banketten und in Trinksprüchen ab. Und auch diesmal gibt es da recht interessante kleine Momentbilder. Die „Kleine Wilhelm“ war bekanntlich in ihrer Courtoisie gegen die „ritterliche Nation“ soweit gegangen, daß man sich in Holland bewogen fühlte, die diplomatische Tragweite ihrer Gefühlsausbrüche möglichst abzuschwächen. Zu einem solchen Fehler konnte der König der Bulgaren, der anfangs der Woche in Berlin weilte, nicht fallen. Zar Ferdinand weiß, was er will. Wenn er eine so weite Reife macht, so verbindet er sicherlich ein politisches Geschäft damit, und dabei sind Gefühlsausbrüche nicht angebracht. Tatsächlich sind es ja große politische Interessen, die Bulgarien zurzeit im Feuer hat. Der italienische Argonautenzug nach Tripolis droht täglich mehr zu einem Waffengang um den Balkan auszuarten. Und dabei wird König Ferdinand stark befristigt sein! Gewiß wird es auch für die Großmächte von Interesse gewesen sein, die Meinung des Zaren Ferdinand über die Balkanfragen zu hören, da er ja diese Fragen kennt wie kaum ein Zweiter und in seiner 27jährigen Regierung „da unten“ reichlich Erfahrungen gesammelt hat.

Während König Ferdinand in Berlin weilte, kam ein anderer Balkanfürst nach Wien: Der Fürst der schwarzen Berge, der ebenso schlaue als energische König Nikolaus von Montenegro machte dem Kaiser Franz Joseph seinen Antrittsbesuch als König. Nikolaus führte früher bekanntlich in der europäischen Rangliste den Titel „Fürst“; nachdem sich nun alle Balkanfürsten den Königstitel zugelegt hatten, wollte er auch nicht länger zusehen und proklamierte sich vor nicht langer Zeit kurzerhand als „König“. (Bei seinem Volke heißt Nikita nach wie vor der Stes.) Durch diesen Besuch, bei dem dem Fürsten der schwarzen Berge am Wiener Hofe alle nur möglichen Ehren erwiesen wurden, scheinen die neu angebahnten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Monarchie und Montenegro ihre offizielle Bestätigung erhalten zu haben.

Deutsches Reich.

Dresden, den 14. Juni 1912.

Der Kaiser ist gestern abend um 9 Uhr 45 Minuten mit Begleite im Sonderzug in Hannover eingetroffen und hat sich unter den Kundgebungen einer überaus zahlreichen Menschenmenge nach dem königlichen Residenzschloß begelassen, wo er Wohnung nahm. — Heute früh um 7 1/2 Uhr bezog sich der Kaiser im Automobil nach der Bahnenwalder Seite und stieg dort zu Pferde. Er hatte die Uniform der Königsulanen angelegt. Das 1. Hannoversche Ulanenregiment Nr. 13 hatte auf dem Felde Paradeausstellung genommen, der Kaiser ritt die Fronten ab und nahm den Vorbeimarsch in Bügen im Schritt entgegen. Es folgte ein Exercieren des Regiments, das mit einem Paradeüberschritt in Eskadronfront schloß. Das Wetter war unbeständig. Der Kaiser setzte sich hierauf an die Spitze des Regiments und führte es zu den Kasernen, auf dem Wege von einem zahlreichen Publikum lebhaft begrüßt.

Der Kaiser trifft am 16. Juni morgens in Hamburg ein und nimmt auf der Hohenzollern Wohnung. Am 17. fährt der Kaiser nach Brunsbüttel und beteiligt sich an seiner Rennfahrt Meteor an der Wettfahrt des Norddeutschen Regattaverains. Am 18. nimmt er an einem Essen des Vereins an Bord des Hamburger Dampfers „Kloria“ teil. Die Hohenzollern wird mit dem Kaiser an Bord am 18. Juni früh von Brunsbüttel durch

den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Kiel gehen. Der Aufenthalt des Kaisers in Kiel wird bis zum 28. Juni dauern. Am 28. Juni verläßt der Kaiser mit seiner Rennfahrt Meteor den Kieler Hafen zur Teilnahme an der Kiel-Trabemünder Regatta. Hohenzollern, Steipner und der Kreuzer Kolberg dampfen voraus, um dem Kaiser in Trabemünde für die Nordlandreise zur Verfügung zu stehen.

Aus der Diplomatie. Zum deutschen Gesandten in Athen an Stelle des bekanntlich zum Votschaster in Konstantinopel ernannten bisherigen Gesandten Freiherrn von Wangenheim ist der Gesandte in Teheran, Graf v. Quadt, zu Wkradt und Jöng, wie halbamtlich gemeldet wird, in Aussicht genommen. Tessen Stelle wird durch den jetzigen Generalkonsul in Kalkutta, Prinz Heinrich XXXI. von Reuß, besetzt werden. Wie ferner halbamtlich gemeldet wird, ist der bisherige Gesandte in Bukarest, Dr. Rosen, zum Nachfolger des abberufenen Gesandten v. Bodman in Lissabon ausersehen. Nachfolger des Herrn v. Bilow in Bern, der den preussischen Gesandtenposten in Dresden nach der Schweizreise des Kaisers erhält, wird der Rat im Auswärtigen Amte, Freiherr v. Romberg.

Mit der Vorbereitung der neuen Handelsverträge ist Vätertermeldungen zufolge das Reichsamt des Innern unausgesetzt beschäftigt. Es ist nicht beabsichtigt, einen neuen Zolltarif aufzustellen, vielmehr soll der bestehende, der sich bewährt hat, nur im einzelnen verbessert und ergänzt werden, sei es infolge technischer Fortschritte oder praktischer Erfahrungen auf dem Gebiete der Handelsverträge oder infolge Verschiebungen der Produktionsverhältnisse der in Betracht kommenden Länder, sowie Deutschlands selbst. Aus diesem Grunde sind auch die Produktionserhebungen, die zur Vorbereitung des Zolltarifs von 1902 veranlaßt wurden, seit längerer Zeit wieder in vollem Gange. Sie sollen dazu dienen, über die Entwicklung der Produktion und über die Bedingungen, unter denen die einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens sich entwickeln, volle Klarheit zu schaffen.

Als Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses dürfte nur der konservative Abg. Dr. Winkler in Betracht kommen, da der Abg. v. Arnim-Jühedow den Vorsitz in der Budgetkommission beibehalten will.

Ein bekannter Zentrums-Reichstagsabgeordneter soll nach den Behauptungen der „Mein.-Westf. Zeitg.“ Mitteilungen über die Audienz der Berliner Fachabteilungen in Rom gemacht haben: Vater Eiser sei der Vermittler gewesen. „Da nun in bestimmten Fällen dem Papste vorher mitgeteilt wird, was er Vertreter einzelner Korporationen sagen soll, ist nicht ausgeschlossen, daß die beiden Herren das selbst aufgesetzt haben, was sie durch den Papst gern hören wollten. Dem Papste ist nichts von den beiden Drahtungen bekannt geworden. Merry del Val soll die Drahtungen im Drange der Staatsgeschäfte im guten Glauben unterzeichnet haben, und es herrscht jetzt wieder einmal „grenzenlose Verwirrung“ im Vatikan über ihre Wirkung in Deutschland. Es wird angenommen, daß die Vertreter der Berliner Richtung an der Abfassung der Drahtungen mitgewirkt haben.“ Soweit die Mitteilungen der „Mein.-Westf. Ztg.“. Der „Vorwärts“ behauptet nun, daß der Abgeordnete Giesberts der Verfasser dieser Zuschrift an das liberale Blatt sei. Diese Behauptung ist total falsch, es hat sich überhaupt kein einziger Zentrumsabgeordneter an das liberale Blatt gewendet, wie wir hiermit feststellen können. Wenn das Blatt dies behauptet, so wurde es das Opfer eines Scherzes oder einer Mythisifikation.

Die Tagung der Deutschen Presse in München. In den Tagen vom 15.—19. Juni finden sich in Bayerns Hauptstadt die Vertreter des deutschen Schrifttums zu ernster Beratung über eine Reihe bedeutamer Standesfragen zusammen. Nach dem nun feststehenden Programm wird der Reichsverband der Deutschen Presse sich u. a. mit der Gerichts- und Kongreßberichterstattung, mit der Vorbildung der Journalisten, mit der Frage der Nachdruckverfolgung im Zusammenhang mit der Errichtung von Schiedsgerichten und mit der rechtlichen Stellung der Presse im Rahmen des § 193 des Strafgesetzbuches beschäftigen. Den humanitären Bestrebungen, die der Reichsverband zum Besten seiner Mitglieder durchführen will, gelten Vorschläge und Anträge auf Schaffung von Versicherungseinrichtungen und auf Gründung eines Erholungsheims. Im Mittelpunkt der Beratungen des Verbandes Deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine, der gleichzeitig mit dem Reichsverbande tagt, stehen die wichtigsten Anträge, die eine Reorganisation des Verbandes zum Ziele haben und die für die künftige Entwicklung des Verbandes von größter Bedeutung sind. Außerdem werden noch Referate erstattet über Urheberrecht und Kinematographentheater und über den Verlagbetrieb auf Kosten des Autors. Von Interesse für die Berufsleute ist auch ein Antrag auf Schaffung einer Zentralstelle für die Deutsche Presse, die bei allen aus der Betätigung der Redakteure und Journalisten im öffentlichen Leben sich ergebenden Differenzen ausgleichend und vermittelnd wirken soll.

Errichtung von Jugendgerichtshöfen. Dem Reichstage soll in seiner nächsten Tagung ein Gesetzentwurf über die Errichtung von Jugendgerichtshöfen vorgelegt werden. Das jetzige Strafverfahren trägt in vielen Punkten den Anforderungen keinerlei Rechnung, die heute an die strafrechtliche